

Freiheit statt Angst

Für den Schutz der Bürger- und Freiheitsrechte

Liebe Leserinnen und Leser,
immer neue »Sicherheits«-Gesetze sollen die Bürgerinnen und Bürger in die Gewissheit wiegen, der Staat Sorge für ihren Schutz vor Verbrechen, Terroristen und Katastrophen aller Art. Die Gesetze von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) folgen, wie schon die seines Vorgängers Otto Schily (SPD), einer gefährlichen Logik: Weniger Freiheitsrechte gleich mehr Sicherheit.

Logik des Überwachungsstaates

Die Vorratsdatenspeicherung bringt die Logik des Überwachungsstaates auf den Punkt: Generalverdacht gegen alle – geprüft wird später. Wer mit wem wie lange telefoniert, von welcher Handy-Funkzelle, wer mit wem per E-Mail korrespondiert, wird gespeichert. Wer kontaktiert häufig einen Psychotherapeuten? Wer ruft regelmäßig bei der Aids-Hilfe an? Zu welchen Strafverteidigern, Steuerberatern, politischen Organisationen hat jemand Kontakt? Mit jedem Anruf gibt man den Behörden Teile seiner Persönlichkeit und Lebenssituation preis! Gespeichert für sechs Monate auf Vorrat.

DIE LINKE hat versucht, diesen Erfassungswahn zu stoppen, zu verzögern, zu entschärfen.

Seit Sommer 2009 werden die IP-Adressen all jener gespeichert, die Internet-Angebote des Bundes besuchen. Welche Seiten sie aufrufen, welche Rubriken sie interessieren – solche Daten können nun ohne Richterkontrolle an Polizei und Geheimdienste weitergegeben werden.

DIE LINKE hat gegen diese Gesetze gestimmt, weil sie darauf hinauslaufen, Persönlichkeitsprofilen anzulegen.

»Präventiver« Demokratieabbau

Der Grundgedanke dieser Politik ist ein völlig uferloser Präventionsanspruch: Der Staat sammelt alle möglichen Daten – sie könnten ja mal nützlich sein. Nützlich, um soziale Krisen zu meistern, Proteste zu beherrschen, nützlich auch zur Absicherung der kriegerischen Außenpolitik. Der Traum von Politikern wie Jung, Schäuble, Zypries und Co. von der »Vernetzten Sicherheit« kennt nur noch die Vorratshaltung von Daten, aber keine Zweckbindung.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Das ganze Ausmaß der vom Bundeskriminalamt geführten Dateien hat DIE LINKE in zahlreichen, wiederholt aktualisierten »Kleinen Anfragen« öffentlich gemacht. Bestätigt wurde ganz nebenbei, dass Tausende von Personen fälschlich als »Gewalttäter« firmieren. Sie wurden niemals verurteilt und dennoch werden ihre Daten an ausländische Polizeien weitergegeben. Ausnahmerecht hat vor allem den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 geprägt. DIE LINKE hat in akribischer Recherche, unter anderem in Form einer Anhörung, den Polizei- und Militäreinsatz aufgearbeitet und kritisiert.

Kapitalismus und Kontrolle: Doppelte Überwachung

Schlechtes Beispiel macht Schule: die Privatwirtschaft hält ihre Angestellten auch gerne unter Kontrolle. Massenhaft lässt sie E-Mails lesen, Krankheitsdaten speichern und weiterreichen, heimlich per Kamera überwachen. Abhängig Beschäftigte sind Opfer doppelter Überwachung: Durch den Staat und durch ihre Chefetagen!

DIE LINKE forderte in einem detaillierten Antrag ein Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz, das Beschäftigte vor einer Beeinträchtigung ihres informationellen Selbstbestimmungsrechts durch Speicherung oder Nutzung ihrer personenbezogenen Daten schützen könnte.

Auch Konsumentendaten sind im Kapitalismus eine Ware. Adresslisten mit mehreren Millionen Einträgen werden gehandelt.

In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE versicherte die Bundesregierung, sie werde im neuen Bundesdatenschutzgesetz das »Listenprivileg« abschaffen. Damit sollte der Adresshandel die ausdrückliche Zustimmung der Konsumenten erfordern. Auf Druck der Wirtschaftslobby wurde eine völlig verwässerte Version durchgesetzt.

Internetzensur

Das Internet verschließt sich der Kontrolle und Zensur noch weitgehend. Ein neues Gesetz verspricht nun die »Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzwerken« durch Sperren einschlägiger Homepages.

DIE LINKE hat in einem Entschließungsantrag festgestellt, dass der Gesetzentwurf ein »untaugliches Mittel« ist. Wir haben gefordert, Kinderpornographie-Seiten zu löschen und die Täter strafrechtlich zu verfolgen. Dazu müssen die technischen und personellen Ressourcen geschaffen werden. Die bloße Internetsperre hingegen ist grundrechtswidriger Populismus. Die vom Bundeskriminalamt zu erstellenden Sperrlisten unterliegen keiner richterlichen Kontrolle. Und wie immer ist die Ausweitung der

Zensur schon angedacht: Gegen »Gewaltseiten«, gegen »Killerspiele«. Und: »Irgendwann sind auch missliebige Meinungsäußerungen dran«, warnte die Berliner Zeitung vom 17. Juni 2009 zu Recht.

Freiheitsrechte sichern!

Persönlichkeitsrechte, Datenschutz, Unschuldsvermutung, Intimsphäre, politische Freiheiten – all das soll dem Kontrollwahn weichen. Auf Geheimdienst-Informationen basierende, ominöse »Terrorlisten« der Europäischen Union, Weitergabe von Fluggastdaten, biometrische Erfassung der Bevölkerung, Online-Durchsuchung, gemeinsame Abhörzentrale für Polizei und Geheimdienste in Köln – eine Gesetzesverschärfung jagt die nächste. Wer noch etwas auf Grundrechte gibt, wird mit dem Vorwurf überzogen, mit Schwerverbrechern zu sympathisieren. Eine Evaluation aller der neuen Überwachungsgesetze gibt es nicht. Im April 2008 beantragte DIE LINKE deshalb ein »Moratorium für Sicherheitsgesetze«. Eine unabhängige Expertengruppe aus Bürgerrechts- und Datenschützern sollte die Verfassungsmäßigkeit aller bisherigen Gesetze überprüfen, solange sollte es keine neuen geben.

DIE LINKE im Bundestag hat sich dem Trend zur uferlosen Überwachung stets entgegengestellt und die »Sicherheits«-Gesetze abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat manche entschärft.

Überwachungsgesetze und -techniken gibt es schon längst mehr als genug. Dagegen muss das Datenschutzrecht endlich auf die Höhe der Zeit gebracht werden. 425.000 Euro wollte das Innenministerium nur für die Entwicklung der Online-Durchsuchung ausgeben. In unserem Antrag »Keine Online-Durchsuchung« haben wir gefordert, diese Gelder stattdessen unabhängigen Bürgerrechtsgruppen zu widmen.

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über ihre Daten zurück erlangen. Wir wollen Freiheitsrechte nicht auf dem Altar des Überwachungsstaates opfern, sondern verteidigen sie – im Parlament und auf der Straße. Wir unterstützen deswegen seit dem Jahr 2007 die Demonstrationen »**Freiheit statt Angst**«.

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 751170, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktionsschluss: 31. August 2009
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken benutzt werden.